
1161/J XXII. GP

Eingelangt am 02.12.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Doris Bures
und GenossInnen
an den Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und
Konsumentenschutz
betreffend Immobilienmanagement der Ressorts

Die Gebäudeinfrastruktur der Zentralstellen der österreichischen Bundesverwaltung wurde in den letzten Jahren gravierend verändert - zahlreiche Objekte des Bundes wurden verkauft bzw. werden nicht mehr von der Bundesverwaltung benutzt, gleichzeitig kam es zu kostenintensiven Neuanmietungen bzw. -errichtungen von Räumlichkeiten, die der öffentlichen Verwaltung dienen sollen.

So wurde das Gerichtsgebäude Riemergasse um rund 150 Millionen Schilling saniert, obwohl bereits die Entscheidung über die Umsiedelung der dort ansässigen Gerichte bekannt war. Die monatliche Miete für das Amtsgebäude Riemergasse belief sich für 16.000 m² Bürofläche auf 220.000 Euro, die Betriebskosten schlugen monatlich mit 2,7 Euro pro Quadratmeter zu Buche. Für 14.700 m² Bürofläche im neu angemieteten Citytower ist eine Miete von monatlich 403.000 Euro fällig, bei zumindest mehr als doppelt so hohen Betriebskosten. Bereits am 31.7.2001 stellte das Errichterunternehmen dem Bundesminister für Justiz das Mietobjekt in Form einer Präsentation vor. Erst im September 2001 wurde durch die Plech & Plech Immobilientreuhänder GesmbH der Mietvertrag mit der Eigentümerin (Immofinanz Immobilienanlagen AG) abgeschlossen: 3 Monate nach der Präsentation durch die Errichtergesellschaft und der bereits erfolgten Entscheidung durch Justizminister Böhmendorfer wurde Ernst Karl Plech (Aufsichtsrat in fünf öffentlichen Immobiliengesellschaften) als Makler

zwischengeschaltet - für einen bereits angebahnten Mietvertrag wurde an Ernst Karl Plech eine Vermittlungsgebühr von 607.476 Euro (zuzüglich 20 % USt.) bezahlt.

Gleichzeitig warnen die Kaufleute der Wollzeile, dass „ein ganzes Viertel stirbt“, denn für die prominente Adresse Riemergasse hat sich noch immer kein Nachmieter gefunden. Faktum ist, dass durch die Absiedelung des Gerichtes ein monatlicher Schaden von 742.000 Euro entsteht (Presse, 1.12.2003). Ebenso unklar wie die Zukunft des Gerichtsgebäudes in der Wiener Innenstadt sind die weiteren Nutzungen der in den Ländern geschlossenen Bezirksgerichte und Gendarmerieposten.

Am 17.11.2003 berichtete die Tageszeitung „Der Standard“, dass die Liegenschaft Himmelpfortgasse-Kärntnerstraße-Johannessgasse, das Finanzministerium, verkauft wurde, dies wieder unter der fachmännischen Beratung des Immobilienmaklers Plech, wobei jedoch nicht beantwortet wurde, wohin die rund 700 Beamten des Finanzressorts übersiedeln werden und wer den Gebäudekomplex von der Republik gekauft hat. Auch der Sitz des Finanzministeriums ab 2006 bleibt unklar.

Da auch von anderen Ressorts Umzugspläne bzw. Reorganisationen der Gebäudeinfrastruktur angekündigt wurden, richten die unterzeichneten Abgeordneten an alle Mitglieder der Bundesregierung - so auch an Sie - nachstehende

Anfrage:

1. Welche Räumlichkeiten bzw. Bauobjekte werden durch Ihr Ressort bzw. dem Ressort unterstehenden Behörden (auch im Ausland) im Zeitpunkt des Einlangens dieser Anfrage genützt und in welcher Höhe werden Betriebs- und Mietkosten, jeweils geordnet nach Objekt und Eigentümer, durch das Ressort für die Nutzung bezahlt?
2. Welche der unter 1. angefragten Immobilien werden direkt durch Ihr Ressort verwaltet?
3. Wie hoch waren die Sachausgaben für Bau- und Liegenschaftsangelegenheiten Ihres Ressorts seit 1995, geordnet nach Budgetjahren?

4. Mit welchen Bauvorhaben (auch im Ausland) war Ihr Ressort federführend (d.h. als Bauherr) befasst, um welche Projekte handelt es sich, wie hoch waren die veranschlagten Errichtungskosten bei Projektbeginn und welche tatsächlichen Gesamtkosten (inkl. Grundstücks-, Wettbewerbs- und Errichtungskosten) wurden durch dieses Bauvorhaben verursacht?
5. Welche der unter 4. angefragten Bauobjekte wechselten seit 4.2.2000 den Liegenschaftseigentümer und für welche Objekte ist eine derartige Vorgangsweise geplant, geordnet nach Rechtstitel der Übertragung, neuem Eigentümer und Erlös für diesen Übertragungsvorgang?
6. An welchen Objekten (im In- und Ausland) wurden Nutzungsrechte des Ressorts seit 4.2.2000 aufgegeben und für welche Objekte ist ein entsprechender Vorgang geplant?
7. Welche Ihrem Ressort zur Nutzung zugeordneten Liegenschaften bzw. Räumlichkeiten wurden seit 4.2.2000 verkauft, wer waren die Käufer und wie hoch waren die entsprechenden Kaufpreiszahlungen?
8. Welche Liegenschaften bzw. Räumlichkeiten, die Ihrem Ressort zugeordnet sind, plant der Bund zu verkaufen, wie hoch ist diesbezüglich der prognostizierte Verkaufspreis, welche Ersatzräume werden diesbezüglich durch Ihr Ressort genutzt werden und wie hoch sind hierfür die monatlichen Gesamtkosten veranschlagt?
9. Welche Planungen bestehen, die Büroinfrastruktur Ihres Ressorts zu erweitern, welche Liegenschaften bzw. Räumlichkeiten sind diesbezüglich vorgesehen und welche Gesamtkosten (jährliche Miet- und Betriebskosten, Anschaffungskosten, Adaptierungskosten, Vermittlungsgebühren, Vertragserrichtungsgebühren) sind damit verbunden?